

# Zypern

Thomas Diez

Auch in Zypern wurde das vergangene Jahr von der Covid-19-Pandemie überschattet. Doch insbesondere die Präsidentschaftswahlen im Norden der Insel haben die Konfliktsituation verändert.

## Wahlen auf beiden Seiten

Im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen in der international nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ) am 18. Oktober 2020 siegte der konservative Kandidat Ersin Tatar mit knappem Vorsprung (51,7 Prozent) vor Amtsinhaber Mustafa Akıncı, der im Gegensatz zu Tatar für eine föderale Lösung des Zypernkonfliktes steht. Tatar war im Wahlkampf von der türkischen Regierung unterstützt worden, was im Juni 2021 zu Vorwürfen von Wahlmanipulation gegen die Türkei führte.<sup>1</sup> Bereits der Wahlkampf war von den sich verhärtenden Fronten gekennzeichnet. Im Oktober 2020 öffnete Tatar einseitig Teile der seit 1974 von der türkischen Armee besetzten Geisterstadt Varosha für Besucher, die in den 1960er Jahren das glamouröseste Touristenziel Zyperns war. Der UN-Sicherheitsrat hat die Türkei wiederholt aufgefordert, Varosha an seine meist griechisch-zyprischen ehemaligen Bewohner zurückzugeben. Aus Tatars Sicht gehören die meisten Grundstücke dort jedoch der Evkaf-Stiftung, einer Nachfolgerin eines Ordens aus osmanischer Zeit. Eine solche Lesart passt zu den neo-osmanischen Tendenzen in der Außenpolitik Recep Tayyip Erdogans. Ein Bild des türkischen Präsidenten beim Picknick am Strand von Varosha diente als perfekte Illustration dieser Haltung.

Am 31. Mai 2021 fanden in der Republik Zypern Parlamentswahlen statt. Aufgrund des Präsidialsystems sind diese weniger bedeutsam als die Präsidentschaftswahlen im Norden der Insel. Dennoch ist es alarmierend, dass die rechtsextreme Partei Ethniko Laiko Metopo (ELAM) 6,8 Prozent der Stimmen erhielt und ihre Sitze im Parlament auf vier verdoppeln konnte. Obwohl ELAM eine Politik eines einheitlichen, griechisch-zyprisch geführten Zyperns verfolgt, ist ihre Wahl eher eine Reaktion auf Korruptionsskandale in der Regierung, einschließlich des umstrittenen Verkaufs zyprischer Pässe.

## Andauernder Gastreit

Im September 2020 war die Republik Zypern unter den Unterzeichnern der Gründungsurkunde des East Mediterranean Gas Forums. Die Türkei blieb dabei außen vor und hatte stattdessen 2019 mit der libyschen Regierung Seewirtschaftszonen vereinbart, die sich mit den Ansprüchen Nikosias überschneiden. Mit Probebohrungen in den umstrittenen Gewässern verfolgte die Regierung Erdogan offensichtlich auch taktische Zwecke, denn die Schiffe wurden je nach politischer Großwetterlage immer wieder in ihre Häfen zurückbeordert. Im Sommer 2020 schien die Türkei die Lage noch zuspitzen zu wollen, doch schon Mitte September kehrten die Schiffe in ihre Häfen zurück, nur um im Oktober wieder aufzubrechen. Anfang 2021 schlug die Türkei einen versöhnlicheren Kurs ein und

---

1 Tunca Ögreten: Hat Ankara die Wahlen in Nordzypern manipuliert?, in: Deutsche Welle, 15.6.2021.

nahm zum Beispiel den bilateralen Dialog mit Griechenland wieder auf. Doch Anfang Juni 2021 drohte der türkische Energieminister Fatih Donmez mit weiteren Bohrungen und setzte damit die türkische Doppelstrategie von Drohungen und Entspannung fort.

### **Der Zypernkonflikt und die Europäische Union (EU)**

Trotz dieser Umstände wurden die Bemühungen der Vereinten Nationen zur Lösung des Konflikts vom 27. bis 29. April 2021 in Genf im neuen Format eines „Fünf-plus-eins“-Treffens wieder aufgenommen. Zu den beteiligten Parteien gehörten nicht nur die zyprischen VertreterInnen, sondern mit Griechenland, der Türkei und Großbritannien auch die drei Garantiemächte gemäß den Verträgen zur Gründung der Republik Zypern von 1960. Ebenfalls vertreten war die EU, die in der Vergangenheit wegen der Mitgliedschaft der Republik Zypern keine direkte Verhandlungsrolle gespielt hatte. Die Gespräche sollten Schritte hin zu späteren Verhandlungen vorbereiten und tatsächlich einigten sich die Parteien auf weitere Treffen in naher Zukunft.

Der Hauptunterschied zu früheren Gesprächen bestand jedoch darin, dass die Türkei und die türkischen Zyprer offen die Notwendigkeit erklärten, über das bisherige Verhandlungsziel einer bizonalen, bikommunalen Föderation hinauszugehen und die Möglichkeit einer Zweistaatenlösung einzubeziehen. Im Lichte der Debatten um Varosha und die türkischen Gasbohrungen wurde ein solcher Schritt schnell als weiteres aggressives Verhalten der Türkei interpretiert und von den griechischen Zyprem abgelehnt.

### **Covid-19-Pandemie**

All diese Entwicklungen fanden vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie statt, bei der bis Ende Mai 2021 in der Republik Zypern mehr als 360 Menschen gestorben und über acht Prozent der Bevölkerung an dem Virus erkrankt waren. Während Anfang Juli die Europäische Kommission den zyprischen Recovery and Resilience Plan im Rahmen von NextGenerationEU billigte, machte die Insel erneut mit extrem hohen täglichen Fallzahlen Schlagzeilen.<sup>2</sup>

Wie in der EU insgesamt, so hat Covid-19 auch in Zypern zu einseitigen Grenzschließungen geführt, die insbesondere diejenigen trafen, die zur Arbeit oder Ausbildung zwischen beiden Seiten pendeln, aber auch viele bikommunale Gruppen, die sich nur noch virtuell treffen konnten. Beide Seiten einigten sich Anfang Juni 2021, alle Übergänge nach einem Ampelsystem zu öffnen, das vom Technischen Komitee für Gesundheit überwacht werden soll, einem von mehreren bikommunalen Ausschüssen, die auf praktischer Ebene eine mögliche Lösung des Konfliktes vorbereiten sollen.

Die Hinwendung zu solchen etablierten Institutionen der bikommunalen Zusammenarbeit ist sicher ein positives Zeichen. Jedoch hätten die Ausschüsse gleich zu Beginn der Pandemie der zentrale Mechanismus im Umgang mit dem Virus sein müssen. Zugleich bestehen die Türkei und die Regierung Tatar darauf, sie nicht mehr als „bikommunal“ zu bezeichnen, was die Entschlossenheit unterstreicht, mit denen die türkisch-zyprische Seite derzeit eine Zwei-Staaten-Lösung verfolgt.

### **Weiterführende Literatur**

Heinz-Jürgen Axt: Troubled Water in the Eastern Mediterranean: Turkey Challenges Greece and Cyprus Regarding Energy Resources, in: Comparative Southeast European Studies 1/2021, S. 133–152.

---

2 Elias Hazou: Coronavirus: Four deaths and 1,046 more people test positive on Thursday, in: Cyprus Mail, 22.7.2021.